



Protokoll der 20. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. September 2014, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Hügli Corinne und Imsand Bruno

Traktanden

Laufnummer

1. Protokoll der Ratssitzung vom 27.08.2014
://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt. -
2. Oberer Burghaldenweg - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Ausführungskredit für Abwasser von TCHF 204, Planungskredit für Strassenprojekt von TCHF 60, Bau- und Strassenlinienplan
://: Einstimmig genehmigt der Rat für den 1. Ausbauabschnitt den Bruttokredit von TCHF 204 für den Neubau der Sauberwasserkanalisation, den Bruttokredit von TCHF 60 für die Planung der Ausbauabschnitte 2 und 3 sowie den Bau- und Strassenlinienplan. 2014/139
2014/139a
3. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion
://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/38a. 2013/38
2013/38a
4. Fussgängerfreundlicher Südzugang Bahnhof - Bericht Stadtrat zum Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion
://: Ein Antrag für die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/205a an die BPK zur Vorberatung wird mit grossem Mehr gegen 3 Ja-Stimmen abgelehnt.
://: Vom stadträtlichen Bericht nimmt der Rat einstimmig Kenntnis.
://: Das Postulat wird mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen abgeschrieben. 2012/205
2012/205a
5. Waldkindergarten - Bericht Stadtrat zum Postulat „Waldkindergarten“ von Meret Franke namens der Grünen Fraktion
://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht und schreibt das Postulat ab. 2014/102
2014/102a

6. Reform BLPK, Besitzstand und Wahl Vorsorgeplan - Berichte Stadtrat und Finanzkommission (FIKO) betreffend BLPK-Reform 2014/132
2014/132a
*://: In der namentlichen Abstimmung wird dem stadträtlichen Antrag betreffend der Vorsorgeplan-Finanzierung „Kantonslösung“ (Budgetseparatbeschluss) mit 22 Stimmen zugestimmt und der Gegenantrag der Finanzkommission (50/50 ohne Teuerungsfonds) mit 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
://: Einstimmig wird der stadträtliche Antrag für eine Finanzierung des Besitzstands analog der Kantonslösung und den kommunalen Lehrpersonen in der Höhe von brutto CHF 881'358.-- per 1. Januar 2015 zugestimmt.*
7. Verkehrssicherheit - Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Verkehrssicherheit 2014/136
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
8. Banntag - Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Liestaler Banntag 2014/137
Vertagt wegen Zeitmangel.
9. Veloverbindung - Postulat „Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg - Oristalstrasse“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2014/138
Vertagt wegen Zeitmangel.
10. Humanitäre Zeichen setzen - Interpellation der Grünen Fraktion betreffend humanitären Zeichen setzen 2014/140
Vertagt wegen Zeitmangel.
11. Wasserturmplatz - Postulat „Problematische Zustände auf dem Wasserturmplatz“ von Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2014/141
Vertagt wegen Zeitmangel.
12. Sonntagsflohmarkt - Interpellation von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion betreffend Sonntagsflohmarkt im Stedtli 2014/142
Vertagt wegen Zeitmangel.

Ratspräsident Heinz Lerf (FPD) begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates und des Stadtrates, Medienvertreter sowie die zahlreich erschienenen Gäste auf der Tribüne zur September-Sitzung des Einwohnerrates.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- FIKO-Präsident Daniel Spinnler wird erst um ca. 18.00 Uhr zur Ratssitzung erscheinen, was bei der Reihenfolge der traktandierten Geschäfte berücksichtigt wurde.
- Unter anderem hat sich auch Ratskollegin Corinne Hügli (CVP/CVP/GLP) während ihres Mutterschaftsurlaubes für die heutige Sitzung entschuldigen lassen. Ihr wird an dieser Stelle recht herzlich zur Geburt ihrer Tochter Helena gratuliert.
- Die BPK-Mitglieder möchten sich bitte in der Pause beim Kommissionspräsidenten einfinden, damit die nächste BPK-Sitzung terminiert werden kann.
- Wunschgemäss wird das Schreiben von Stadtrat Peter Rohrbach vom 24. September 2014 verlesen, mit welchem dieser seinen Rücktritt per Ende März 2015 bekannt gibt.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern und Fraktionen werden keine Erklärungen abgegeben.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- Neue Vorstösse, Nr. 2014/147- Nr. 2014/151

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Nachhaltige Entwicklung - eine übergeordnete Vision auch für die Stadt Liestal?“ von Corinne Ruesch der Grünen Fraktion (Nr. 2014/147)
- Postulat „Pikettdienst Wasserversorgung durch Mitarbeiter der Stadt“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/148)
- Interpellation „Fussgängerstreifen Mühlemattstrasse / Ergolzbrücke“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/149)
- Interpellation „Neues Parkplatzkonzept“ von Beat Gränicher der SVP-Fraktion (Nr. 2014/150)
- Postulat betreffend Stärkung der politischen Bildung von Anna Ott der Grünen Fraktion und Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2014/151)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen des Stadtrates

Von den Stadtratsmitgliedern werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine Wortbegehren angemeldet oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 10. September 2014 beschlossen und behandelt.

219 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 27.08.2014

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Genehmigung des Protokolles der letzten Sitzung vom 27. August 2014 beantragt wird.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass zu diesem Traktandum keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Einwohnerratssitzungen vom 27. August 2014 wird einstimmig genehmigt.

220 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Obererer Burghaldenweg - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission betreffend Ausführungskredit für Abwasser von TCHF 204, Planungskredit für Strassenprojekt von TCHF 60, Bau- und Strassenlinienplan (Nr. 2014/139)

Diego Stoll (SP) stellt den BPK-Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2014/139a vor: Die Kommission konnte sehr schnell davon überzeugt werden, dass das Projekt Sinn macht. Auch die stadträtliche Haltung bzw. Vorgehensweise betreffend den Anwänderbeiträgen wurde gut aufgenommen. Das Strassenprojekt kann ebenfalls unterstützt werden, kommt doch die Stadt ihrer Verantwortung mit der Vorlage nach. Die BPK schlägt dem Rat vor, den Anträgen des Stadtrates zu folgen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die BPK fundiert über das Bauprojekt informiert wurde. Die Sanierungsarbeiten im Hangrutschgebiet machen Sinn. Ihre Fraktion fragt sich aber schon, ob die Einholung eines teuren Rechtsgutachtens betreffend den Anwänderbeiträgen Sinn macht, denn vermutlich könnten die verschiedenen Rechtsabteilungen des Kantons fundierte Auskünfte geben, welche nichts kosten. Man hofft, dass die Einholung solcher Gutachten nicht zum Regelfall wird. Den Anträgen des Stadtrates bzw. der BPK wird man zustimmen.

Hanspeter Zumsteg (GL) informiert darüber, dass die guten Vorlagen so überzeugen, dass seine Fraktion den Anträgen einstimmig zustimmen wird.

Beat Gränicher (SVP) orientiert, auch seine Fraktion werde den Anträgen zustimmen. Er kann den Einwand der Mittefraktion betreffend der Notwendigkeit eines teuren Rechtsgutachtens unterstützen.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, dass die BPK nebst den üblichen technischen und planerischen Fragen beim vorliegenden Geschäft auch wieder einmal die Anwänderbeiträge thematisieren musste. Saubere juristische Abklärungen machen Sinn. Die FDP-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Matthias Zimmermann (SP) teilt mit, auch seine Fraktion werde den Anträgen zustimmen, da die Notwendigkeit der Hang- bzw. Strassensicherungsarbeiten im Hangrutschgebiet unbestritten ist.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf die Sprecher der Mitte- sowie SVP-Fraktion und befürwortet als BPK-Präsident die Einholung eines unabhängigen privaten Rechtsgutachtens.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die gute Aufnahme in den Fraktionen. Entgegen einer früheren Vorlage geht es heute nicht mehr um eine Verbreiterung der Strasse. Betreffend der Einholung von Rechtsgutachten im Zusammenhang mit den Anwänderbeiträgen kann man ja durchaus das eine tun und das andere nicht lassen. Der Stadtrat kann ja nach Vorliegen eines Kantons-Gutachtens immer noch entscheiden, ob er ein weiteres Gutachten bei einer unabhängigen Anwaltskanzlei einholen möchte.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Somit kann über die stadträtlichen Anträge abgestimmt werden, welche von der BPK ja auch unterstützt und zur Genehmigung beantragt werden. Nach erfolgten Umfrage kann er feststellen, dass sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass über alle 3 Anträge gesamthaft abstimmt.

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat für den 1. Ausbauabschnitt den Bruttokredit von TCHF 204 für den Neubau der Sauberwasserkanalisation (Investitionskonto 7201.5030.0033), den Bruttokredit von TCHF 60 für die Planung der Ausbauabschnitte 2 und 3 (Investitionskonto 6150.5010.0033) sowie den Bau- und Strassenlinienplan.

221 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat „Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung“ von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion (Nr. 2013/38)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Zuallererst möchten sich nun die Postulanten zum stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/138a äussern.

Thomas Eugster (FDP) äussert als Postulant, ihn enttäusche der stadträtliche Zwischenbericht doch etwas, verschiebt sich doch nun die FEB-Einführung bis ins Jahr 2016, doch habe man Verständnis für den Zeitverzug. Begrüssenswert ist es, dass die Projektleitung an einen externen erfahrenen Berater ausgelagert wird. Wichtig ist es nun, dass die Projektziele gemäss formulierten Eckpunkten der Postulanten klar definiert werden. Die FDP-Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen.

Patrick Mägli (SP) sagt, auch er habe sich beim ersten Durchlesen des Berichtes über die Verzögerungen geärgert, obwohl ihm das Ressourcen-Problem im zuständigen Bereich bekannt ist. Er hat aber doch den Eindruck, dass das Projekt im Departement Sicherheit/Soziales nur eine untergeordnete Priorität hat. Viele Eltern von kleinen Kindern sind auf die Betreuungsangebote angewiesen und warten auf das Angebot bezahlbarer Betreuungsplätze. Die Konzepterarbeitung durch erfahrene Externe ist begrüssenswert, doch hätte man diesen Auftrag längst erteilen können. Die im Bericht erwähnte Software-Anschaffung dürfte ja noch Sinn machen, doch merkwürdig ist es schon, dass man diese Investition tätigt, bevor man überhaupt im Besitz eines Konzeptes ist. Seine Fraktion ist enttäuscht, dass es nicht vorwärts geht und erwartet nun aber doch vom Stadtrat, dass dieser das Projekt mit der nötigen Seriosität weiterverfolgen wird. Vom Zwischenbericht wird man Kenntnis nehmen.

Markus Rudin (SVP) führt aus, seine Fraktion nehme einstimmig Kenntnis vom Zwischenbericht.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, der Beizug einer externen Beratungsfirma mache Sinn. Die Mittelfraktion erstaunt aber die Höhe der Projekt- und Umsetzungskosten doch etwas. Hätte man denn nicht ein pfannenfertiges Projekt von Therwil, von Pratteln oder einer anderen Gemeinde übernehmen können? Wie verhält es sich denn mit Liestaler-Eltern, die ihre Kinder auswärts betreuen lassen möchten oder mit Eltern, die auswärts wohnen und die Kinder in einer Tagesstätte in Liestal bringen? Ihre Fraktion nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Lisette Kaufmann (GL) äussert, dass auch die Grüne Fraktion vom stadträtlichen Bericht Kenntnis nehmen wird, obwohl man über die Verzögerungen und spätere Projektumsetzung auch nicht glücklich ist. Auch frage man sich, weshalb das beauftragte externe Beratungsbüro nicht mit Namen genannt werde. Letztendlich ist man froh, dass nun zumindest ein konkreter Umsetzungsplan besteht.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bedankt sich für die Kostengutsprache 2015 zu Gunsten des Tagesheim Sunnewirbel. Das Heim wird mit dem Systemwechsel auf eine grosse Bewährungsprobe gestellt und auch der Vorstand wird in vielfältiger Hinsicht gefordert sein. Dass der Systemwechsel durch eine externe Firma rund CHF 60'000.-- kosten wird, störe sie schon. Sie selber verfüge die Akten der Gemeinde Therwil, welche den Systemwechsel bereits vollzogen habe.

Stadträtin Marion Schafroth sagt, sie habe sich darauf eingestellt, am heutigen Abend wegen der Projektverzögerung mehr Schimpfe zu erhalten, als dies nun der Fall war. Auch der Stadtrat und ihr Bereich sind über die zeitliche Verzögerung nicht glücklich, zumal das erwähnte Argument betreffend einer untergeordneten Priorisierung des Geschäfts nicht verhält. Aus den im Bericht erwähnten und bereits bekannten Gründen ist eine Projektumsetzung in Eigenleistung nicht möglich. Ebenfalls ist eine Modellübernahme von anderen Gemeinden nicht möglich, da diese sich nicht an die gesetzten Rahmenbedingungen der Postulanten bzw. des Einwohnerrates wie in Liestal halten mussten und heute zudem bekannt ist, dass den erwähnten Gemeinden bereits heute die Kosten davonlaufen. Auf Anraten ihres Departements ist vom Stadtrat die Auftragserteilung an eine externe Firma erteilt worden. Aus Diskretionsgründen ist der Name der beauftragten Firma bewusst vom Stadtrat nicht bekannt gegeben worden, damit nicht noch für die Firma Werbung gemacht wird. Die vorgelegte Planung ist absolut realistisch und kann auch ohne Eile und Schlusspurt in der neuen Frist umgesetzt werden. Auch sollte dem Rat noch genügend Zeit für die Beratung und Beschlussfassung des neuen Reglementes zur Verfügung stehen. Natürlich wird auch die Software erst nach Vorliegen des Konzeptes gekauft. Diese wird rund CHF 20'000.-- kosten und der Restbetrag von CHF 40'000.-- ist für die Projektleitung bzw. beauftragte Firma. Betreffend dem Tagesheim Sunnewirbel möchte sie festhalten, dass diesem der Ablauf des befristeten Vertrages bis Ende 2014 längst bekannt war und dieses ist auch immer umgehend über die entsprechenden Stadtratsentscheide informiert worden.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2013/38a.

222 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Fussgängerfreundlicher Südzugang Bahnhof - Bericht Stadtrat zum Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2012/205)

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Hanspeter Zumsteg (GL) dankt als Postulant für den ausführlichen Bericht des Stadtrates. Nach dem jahrelangen Stillstand beim Bahnhofs wurde das Postulat betreffend dem Südzugang zum Bahnhof eingereicht, da es dem neuen amtierenden Stadtrat gelungen ist, wieder auf einer guten Gesprächsbasis zusammen mit den SBB arbeiten zu können, was doch auch die verschiedenen laufenden Bahnhof-Projekte beweisen. Mit Bedauern habe man vom abschlägigen Bescheid betreffend dem Südzugang Kenntnis genommen, doch machen grössere Investitionskosten in Anbetracht der kurzen Nutzungsdauer wirklich keinen Sinn, was auch von der Grünen Fraktion verstanden wird. Dem stadträtlichen Antrag wird man zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) meint, auch seine Fraktion wird dem stadträtlichen Antrag zustimmen, sie könnte sich aber vorstellen, als Notlösung zumindest die Fussgänger-Zugänge zum Bahnhof zu verbreitern.

Dominique Meschberger (SP) erklärt, ihre Fraktion sei sehr enttäuscht wegen der ablehnenden Haltung des Stadtrates. Die Problematik für Eltern mit Kinderwagen, behinderte und ältere Leute etc. ist längst bekannt und auch seit der Einreichung des Postulates vor zwei Jahren ist nicht wirklich viel passiert. Sie kann es nicht verstehen, weshalb nur eine Liftlösung in Frage kommen soll und nicht auch andere Varianten geprüft wurden. Sie wird der Postulatsabschreibung nicht zustimmen.

Sabine Sutter (FDP) sagt, dass sich im Zusammenhang mit dem Bahnhofsausbau doch noch Lösungen ergeben dürften und die Investitionstätigkeit für einen Lift mit einer Nutzungsdauer von drei Jahren macht keinen Sinn, weshalb man der Postulatsabschreibung zustimmen wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) berichtet, dass ursprünglich beim Palazzo von der Bahnhofstrasse ein Bahnübergang zur Oristalstrasse geführt hatte. Nach der Realisierung der heutigen Strassenunterführung ist diese dann durch die noch vorhandene Personenunterführung ersetzt worden. Anlässlich des Eidg. Turnfestes vor ein paar Jahren wurden flache Rampen für den Nord- und Perronzugang erstellt und so ist es schade, dass damals der Süd-Zugang nicht auch noch angepasst wurde. Das Postulat ist durchaus gerechtfertigt und auch in einem Zeitpunkt eingereicht worden, in welchem man vom SBB-Projekt betreffend dem Infrastrukturausbau noch gar keine Kenntnis hatte. Seine Fraktion erstaunt es schon etwas, dass der Stadtrat erst zwei Jahre nach der Postulatseinreichung ein Vorprojekt erstellen liess. Und anfangs 2014 ist dafür Geld ausgegeben worden, obwohl man schon damals wusste, dass das ganze Bahnhofareal in Kürze umgestochen wird. Der Fussgänger-Südzugang ist nach wie vor unbefriedigend, doch lassen sich die Investitionskosten für die paar Jahre nicht rechtfertigen. Auch der Bau eines Liftes mit späterem Versetzen ist unrealistisch, denn ein Grossteil der Kosten dürften für die Planungs- und Baukosten, aber nicht für den Lift selbst anfallen. Immerhin kann man in Notfällen zumindest den behindertengerechten Zugang via Strassenunterführung zur Oristalstrasse benützen. Die Mittefraktion wird bei zwei Enthaltungen den Antrag für die Postulatsabschreibung unterstützen.

Matthias Zimmermann (SP) äussert sich als Bewohner des Sichertnerquartiers und wehrt sich dagegen, dass man das Postulat zwei Jahre liegen liess und dann dem Einwohnerrat einfach einen unrealistischen Vorschlag ohne Varianten unterbreitet. Er stellt den Antrag, dass das Geschäft an die BPK zur Vorberatung überwiesen wird. Die BPK hatte schon in anderen Fällen Verbesserungsvorschläge gemacht, die einfacher und/oder kostengünstiger als die stadträtlichen Vorschläge waren. Zusammen mit der „Procap“ dürften sicher akzeptable und behindertengerechte Lösungen als Varianten zum vorgeschlagenen Lift gefunden werden. Erwähnt sei auch, dass das Sichertnergebiet über keine ÖV-Erschliessung verfügt und so sollte zumindest die betroffene Einwohnerschaft und auch die zahlreichen Schüler vom Rotacker über einen anständigen Zugang für den Fussgänger- und Veloverkehr zum Bahnhof bzw. zum Stedtli haben.

Pascal Porchet (FDP) entgegnet, dass es nicht Aufgabe der BPK ist, irgendwelche Projekte zu entwickeln. Es macht nun aber wirklich keinen Sinn, mit einer Hauruck-Übung für drei Jahre noch grössere Beiträge in einen Lift zu investieren. Alle anderen Varianten wie Rampen usw. können auch nicht kurzfristig realisiert werden, kosten ebenfalls viel Geld und dürften gar noch unterhalts- und personalintensiv sein. Eine Überweisung des Geschäfts an die BPK macht deshalb keinen Sinn.

Diego Stoll (SP) führt als BPK-Präsident aus, dass eine Überweisung des Geschäfts an die BPK aus seiner Sicht keinen Sinn mache. Das Ergebnis ist zwar unbefriedigend, aber die stadträtliche Antwort umfassend und nachvollziehbar, zumal der Stadtrat und die Verwaltung sich bereits mit möglichen Alternativlösungen haben dürfte. Die BPK soll zudem den Einwohnerrat beratend unterstützen und nicht als Untergruppe der Verwaltung auch noch operativ tätig werden. Er wird deshalb den Antrag für eine BPK-Beratung ebenfalls nicht unterstützen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) bemerkt, er wohne ebenfalls im Sichertnerquartier und möchte doch festhalten, dass man auch ohne Benützung der Fussgänger-Bahnhofunterführung ins Stedtli komme. So beispielsweise mit der Unterführung in die Oristalstrasse, dem Weg vom Gymnasium zum Perron/Gleis 3 auf dem Bahnhof, dem Schwieriübergang usw. Es gibt beim Bahnhof auf kurzer Distanz insgesamt 3 Unter- und Überführungen über die Geleise, welche behindertengerecht sind und ohne grosse Umwege ins Stedtli führen. Den gestellten Antrag kann er deshalb auch nicht unterstützen.

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, dass die Verzögerungen genau darauf zurückzuführen sind, dass man jahrelang an einfachen Lösungen vergeblich herumgebastelt hatte. Auf sein Insistieren wurden die Abklärungen durch das Stadtbauamt auch forciert, nachdem er gemerkt hatte, dass nicht sehr viel gegangen ist. Von seinem Vorredner ist auf verschiedene bestehende Alternativen bzw. Zugangswege zum Stedtli hingewiesen worden. Das Investieren von grösseren Beträgen in einen neuen Lift für ein paar wenige Jahre wäre nun aber im vorliegenden Fall doch unverhältnismässig.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

- ://: Dem Antrag von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion für eine Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission (BPK) wird mit grossem Mehr gegen 3 Ja-Stimmen abgelehnt.
- ://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2012/205a.
- ://: Das Postulat Nr. 2012/205 wird mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen vom Rat abgeschrieben.

223 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Waldkindergarten - Bericht Stadtrat zum Postulat „Waldkindergarten“ von Meret Franke namens der Grünen Fraktion (Nr. 2014/102)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Da sich Vize-Ratspräsidentin Meret Franke als Postulantin betreffend ihrem Vorstoss selbst äussern wird, zeichnet er als Präsident selbst für die Rednerliste bei diesem Geschäft verantwortlich.

Meret Franke (GL) dankt als Postulantin für den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/102a. Positiv und erfreulich ist, dass der Stadtrat ihren Vorstoss sinnvoll findet und auch die Schulleitung zu ihrem Vorstoss grundsätzlich positiv eingestellt ist. Mit den Ablehnungsgründen des Stadtrates kann sie sich aber nicht einverstanden erklären. Der Stadtrat betrachtet den Waldkindergarten als zusätzliches Angebot, doch ist sie als Postulantin überzeugt davon, dass ein Waldkindergarten einen bestehenden Kindergarten in einem Gebiet mit mehreren Kindergärten ersetzen könnte. Auch der Vergleich betreffend der Ausrüstung eines konventionellen Kindergartens mit einem Kindertagespielplatz im Wald verhält nicht. Und betreffend einem festen Raum für Schlechtwetterzeiten möchte sie darauf hinweisen, dass Gemeinden mit Waldkindergärten die Lösung mit der Nutzungsmöglichkeit von Pfadräumlichkeiten, Werkhöfen, Tennisclub-Lokalitäten etc. gefunden haben. Die Kosten sind ja meist ein Killerargument für neue Ideen und dieses wird nun auch hier vorgebracht. Der Bau eines konventionellen Kindergartens dürfte aber einiges teurer als ein Waldkindergarten sein. Welche Bedingungen die Bürgergemeinde als Waldeigentümerin stellen würde, wird in der stadträtlichen Antwort nicht aufgelistet und kann somit von ihr auch nicht kommentiert werden. Sie ist aber enttäuscht, dass die Waldbesitzerin einem Waldkindergarten schon gleich im Voraus Steine in den Weg legt. Auch enttäuscht die Stellungnahme des Kantons, hatte sie doch vor der Postulateinreichung auf Anfrage vom Kanton die Antwort erhalten, dass es keinen Grund gäbe, weshalb mit dem neuen Lehrplan 21 kein Waldkindergarten mehr möglich sein sollte. Zudem wurde in der Stellungnahme des Kantons an sie festgehalten, dass die Kompetenzenorientierung und Schülerzentrierung im Waldkindergarten genau so gut, wenn nicht gar besser lebbar sei, als im normalen Kindergarten. Einer Studie aus Deutschland konnte sie entnehmen, dass beim Vergleich mit Regelkindergärten beispielsweise die Waldkindergarten-Schüler eine höhere Sozialkompetenz aufweisen, von diesen Konflikte besser gelöst werden, besser dem Unterricht folgen, konzentrierter mitschaffen usw. Sie finde Waldkindergärten nach wie vor eine sehr gute Sache. Die Grüne Fraktion nimmt den stadträtlichen Bericht zur Kenntnis und stimmt der Postulatsabschreibung auch den, denn wahrscheinlich muss die Idee in den Köpfen einfach noch etwas reifen.

Werner Fischer (FDP) dankt dem Stadtrat namens der FDP-Fraktion für die detaillierte Beantwortung. Aktuell gibt es in der Schweiz nur gerade 12 Waldkindergärten. In Liestal bestehen genügend Alternativen zu einem Waldkindergarten. Die bestehenden Waldspielplätze werden sehr schlecht benützt oder sind schon abgebaut worden. Kindergärten und Primarschulen bieten heute wöchentliche Waldtage an. In seiner Fraktion wird es verstanden, dass die Bürgergemeinde als Waldbesitzerin Bedingungen stellt, denn der Wald muss immer mehr und vielfältigere Aufgaben erfüllen. Das zusätzliche Angebot eines Waldkindergartens findet man angesichts der angespannten Finanzlage bzw. den erwarteten Mehrkosten von rund CHF 150'000.-- nicht verhältnismässig. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Fabian Eisenring (SP) sagt, auch die SP-Fraktion stimme den Stadtratsanträgen zu. Seine Fraktion wünscht bzw. fordert, dass die bereits erwähnten Waldtage obligatorisch eingeführt werden sollten.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, die Mittefraktion werde mehrheitlich der Postulatsabschreibung zustimmen. Wie in der Postulatsbeantwortung festgehalten wird, konnte sich auch der Schulrat für die Einführung eines Waldkindergartens nicht begeistern. Die Gelder sollten eher für die Schulsozialarbeit verwendet werden, was allen Schülern etwas bringen würde. Der Besuch eines Waldkindergartens basiert auf freiwilliger Basis und so könnte bei der Realisierung eines solchen auch kein bestehender Kindergarten geschlossen und folglich gar Kosten eingespart werden.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) erklärt, Liestal sei mit einem 60%-Anteil an Wald die waldreichste Baselbieter-Gemeinde. Alle Kindergärten können in den Wald mit einem Fussmarsch von max. 15 Minuten und die meisten Kindergärtner halten sich beim wöchentlichen Waldtag regelmässig im Wald auf. Der Aufenthalt im Wald kann bei starkem Wind, Schneefall usw. auch gefährlich werden, weshalb gemäss Waldgesetz die Waldeigentümer auch nicht für allfällige Schäden an Personen oder Sachen aufzukommen haben. Das heisst, dass im Falle eines Waldkindergartens die Stadt Liestal als Betreiberin des Kindergartens die Verantwortung übernehmen müsste. Die in der Vorlage erwähnten Auflagen kommen nicht von der Bürgergemeinde als Waldeigentümerin, sondern basieren auf dem Waldgesetz. Für einen Waldkindergarten braucht es eine geeignete Infrastruktur und so dürften Dächer aus Blachen, ToiToi-Toilettenanlagen usw. wohl kaum genügen. Neubauten jeglicher Art verbietet das Waldgesetz.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, sein Vorredner provoziere mit seinen Aussagen doch ein paar Gegengedanken. Es muss ja nicht alles gut gewesen sein, nur weil man es so schon Jahrhunderte lang getan hatte. Und so versteht er es nicht, dass man dem Waldkindergarten seitens Waldeigentümer noch Steine in den Weg legt. Das Problem liegt aber nicht alleine bei der Bürgergemeinde, sondern auch im starren und unflexiblen Schulsystem. Er hofft, dass die Postulantin den Faden betreffend einem Waldkindergarten in einem späteren Zeitpunkt wieder einmal aufnehmen wird.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass die Liestaler-Kinder doch genügend Möglichkeiten haben, Walderlebnisse zu machen bzw. Angebote von Pfadiabteilungen, Vereinen usw. nutzen zu können.

Corinne Ruesch (GL) meint, dass die Idee des Waldkindergartens gar nicht so neuartig und innovativ ist, wie dies immer wieder dargestellt wird. So können Kinder im Vorschulalter seit rund 10 Jahren beispielsweise eine Waldspielgruppe in Seltisberg besuchen, welche ihr persönlich bekannt ist. Die zum Teil erwähnten Probleme sind ihr nicht bekannt und vermutlich muss zuerst noch ein Umdenken stattfinden, damit ein Waldkindergarten-Projekt etwas besser als heute aufgenommen wird.

Walter Leimgruber (SP) hatte sich vergangenen Samstag mit einer Kindergärtnerin unterhalten, welche im Kanton Glarus einen Waldkindergarten führt. Die von der Postulantin Meret Franke aufgeführten Vorteile betreffend der positiven Entfaltung von Waldkindergarten-Kindern usw. wurden von ihr bestätigt. Speziell ist noch, dass der betreffende Kindergarten im Kanton Glarus realisiert wurde, weil man einfach einen weiteren Kindergarten benötigte und diesen dann schlussendlich im Wald realisiert hatte.

Dominique Meschberger (SP) meint, dass bei ähnlichen Projekten sowie Vorstössen ebenfalls berücksichtigt werden sollte, dass sich beispielsweise ein Waldkindergarten auch auf die psychische Entwicklung von Menschen positiv auswirken könnte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) weiss von einer Bekannten, die einen Waldkindergarten führt, dass die Begeisterung für diesen doch recht gross ist. Vielleicht müsste man in Liestal noch Bedürfnisabklärungen betreffend Waldkindergärten in der Bevölkerung treffen.

Marianne Quensel (SP) meint auch, dass ein Waldkindergarten begrüssenswert und sinnvoll wäre, doch ist diese Idee in Liestal wohl noch zu wenig reif. Die Stellungnahme der Schulen zum Vorschlag der Postulantin wird wohl kaum bedeuten, dass man nun in Liestal freie Schulen fordern wird.

Karin Jeitziner (FDP) hält fest, dass der Bürgerrat das Postulat bzw. die Anfrage des Stadtrates betreffend einer allfälligen Realisierung eines Waldkindergartens geprüft hatte. Dieser hatte sich auch nicht grundsätzlich gegen ein solches Projekt ausgesprochen, doch müssen die Auflagen und Bedingungen gemäss Gesetzgebung halt auch im vorliegenden akzeptiert werden. Sie persönlich würde es auch begrüssen, wenn man die Realisierung eines Waldkindergartens in einem späteren Zeitpunkt wieder einmal thematisieren könnte.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die vielfältigen Rückmeldungen und nimmt zu einigen Aussagen Stellung: Von den Eltern ist noch nie eine Anfrage bei der Schulleitung eingegangen, welche ihre Kinder in einen Waldkindergarten schicken wollten, was aber nicht heissen muss, dass diese Idee nicht entwicklungsfähig wäre. Gemäss Stellungnahme der Bürgergemeinde müssten noch verschiedene Rahmenbedingungen geprüft werden und so sollte unter anderem auch das Thema „Wald, Wild und Jagd“ in den Lehrplan aufgenommen werden. Und deshalb habe er schon das Gefühl, dass man sich nicht oder zu wenig bewusst ist, dass ein Waldkindergarten für 4 - 5-Jährige sein soll. Die Platzierung der Kindergärtner würde auch bei einem Angebot für den freiwilligen Besuch eines Waldkindergartens nicht einfacher werden. Die Lehrpläne werden aktuell wieder umstrukturiert und so wäre es für alle Beteiligten sehr ambitiös, aktuell gleich noch Neuerungen wie bspw. einen Waldkindergarten einzuführen. Betreffend der Kosten eines Waldkindergartens ist zu beachten, dass sich die gesetzlich vorgeschriebene Anstellung einer zusätzlichen Begleitperson finanziell doch nicht unwesentlich niederschlägt. Das Betrachtung des Gesamtpaketes sowie die Vornahme von Priorisierungen wird auch weiterhin nötig sein, wenn beispielsweise der Vorstoss betreffend der Einführung von Schulsozialarbeit hier im Rat thematisiert wird.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom Bericht des Stadtrates zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2014/102a.

://: Das Postulat Nr. 2014/102 wird einstimmig abgeschrieben.

224 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Reform BLPK, Besitzstand und Wahl Vorsorgeplan - Bericht Stadtrat und Finanzkommission (FIKO) betreffend BLPK-Reform (Nr. 2014/132)

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält eingangs fest, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung auch die Ausstandspflicht wieder einmal thematisiert wurde. Gemäss seinen Abklärungen bei der Landeskantlei und beim Rechtsdienst des Regierungsrates ist er der Meinung, dass bei der Beratung dieses Geschäftes kein Ratsmitglied in den Ausstand treten muss. Auch bei der Behandlung des Geschäfts im Kantonsparlament musste kein Landratsmitglied in den Ausstand treten. Sollte jemand im Einwohnerrat anderer Meinung sein, so müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden, über welchen er dann abstimmen liesse, wie dies gemäss § 8 Abs. 4 des ER-Geschäftsreglementes vorgesehen ist.

Nach erfolgter Umfrage kann er feststellen, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Daniel Spinnler (FDP) stellt als Kommissionspräsident den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/132a vor: Die relativ dünne Vorlage widerspiegelt das sehr komplexe Geschäft nicht, welches an zwei FIKO-Sitzungen beraten wurde. Die in der Kompetenz des Einwohnerrates zu fällenden Entscheide betreffend dem Vorsorgeplan sowie dem Besitzstand sind stark miteinander verknüpft. Die vom Stadtrat bereits gefällten Entscheide sind für die FIKO nachvollziehbar. Mehr zu diskutieren gab hingegen die Beitragsaufteilung bzw. die Besitzstandfinanzierung und Kantonslösung gemäss stadträtlichem Antrag. Die Dafür und Dagegen sowie Anträge der verschiedenen Varianten sind in den beiden Vorlagen des Stadtrates sowie der FIKO erwähnt. Nach Abwägung der verschiedenen Interessen wird von der FIKO die 50/50-Lösung vorgeschlagen und als Gegenantrag unterbreitet. Die Argumente bzw. Vor- und Nachteile sind unter Pkt. 5.1 der FIKO-Vorlage aufgeführt. Unbestritten ist die Besitzstandsgewährung für das ältere Personal, wovon rund 1/3 des versicherten Personals betroffen ist. Der FIKO-Gegenantrag entspricht eigentlich dem Stadtratsantrag, doch muss der Betrag wegen dem Zusammenhang der beiden Anträge des Stadtrates bzw. der FIKO entsprechend angepasst werden. Er macht nochmals darauf aufmerksam, dass der zweite FIKO-Antrag hinfällig würde, sollte der erste FIKO-Antrag abgelehnt werden. Als technische Anmerkung weist er darauf hin, dass im stadträtlichen zweiten Antrag das Wort „jährlich“ zu streichen ist. Den Stadtratsmitgliedern sowie Verantwortlichen der Verwaltung möchte er für die Auskunftserteilung sowie den FIKO-Mitgliedern für die sachlich geführte Diskussion an den Kommissionssitzungen bei der Beratung dieses doch auch emotionalen Geschäftes danken.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt ebenfalls allen Beteiligten für die konstruktive und sachliche Beratung des vorliegenden komplexen Geschäftes und informiert darüber, dass der Stadtrat an seinen Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2014/132 festhält. Der Stadtrat hat als Arbeitgeberin das Ziel, dass die Stadt Liestal insgesamt als Arbeitgeberin attraktiv bleibt. In diesem Zusammenhang stehen andere Zielsetzungen wie die Pflege der bestehenden Infrastruktur, die Tätigung neuer und notwendiger Investitionen usw., welche man erreichen möchte, damit man insgesamt die Leistungsfähigkeit sicherstellen kann. Diese Zielsetzungen sind gefährdet, sollte der Rat der Rentenreduktion gemäss FIKO-Antrag zustimmen und solche Sparbeschlüsse dürften die erwähnte Leistungsfähigkeit der Stadt in Frage stellen. Man muss sich schon bewusst sein, dass sich die Stadt auf einem Arbeitsmarkt bewegt, wo neue Mitarbeitende meist von anderen Gemeinden oder kantonalen Stellen herkommen. Eine Abweichung von der Vorsorgelösung des Kantons und den anderen Gemeinden würde Liestal zu einer Insel machen, da diese keine konkurrenzfähigen Anstellungsbedingungen mehr anbieten könnte. Dem Stadtrat sind keine Einwohner- und Bürgergemeinden bekannt, welche von der Kantonslösung abweichen. Das Vorhaben der Gemeinde Birsfelden betreffend einer Abweichung zur Kantonslösung wurde schlussendlich auch nicht weiter verfolgt. Auch von der FIKO ist auf die mögliche unbefriedigende Situation hingewiesen worden, dass bei einer Ab-

weichung von der Kantonslösung beispielsweise die kommunalen Lehrpersonen gleichwohl gemäss der kantonalen Regelung angestellt würden, die übrigen Angestellten der Stadt aber zu schlechteren Bedingungen, was doch einer Differenz von 15 % entspricht. Die Betroffenheit ist klar und offensichtlich, denn auf der vollen Zuschauertribüne kann er unter den Mitarbeitenden der Stadt keine einzige Lehrperson ausmachen, da für diese bereits vom Kanton eine gute und akzeptable Lösung beschlossen wurde. Von der BLPK wurden in der Vergangenheit Versprechungen gemacht, welche man nicht mehr halten konnte. Die Reform und Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat wird so oder so für alle Mitarbeitenden unter anderem auch einschneidende finanzielle Folgen mit sich bringen. Eine zusätzliche Rentenreduktion ist nicht begründbar, da man damit eine wesentliche Differenz zur Branche der öffentlichen Verwaltungen und dem Kanton schaffen würde. Liestal befindet sich in einer Vorwärtsentwicklung und gerade in dieser Phase ist man auf gut motivierte Mitarbeiter angewiesen, damit die Zielsetzungen erreicht werden können. Das Kantonsmodell ist mit den Personalverbänden ausgehandelt und bei der kantonalen Abstimmung vom Souverän gutgeheissen worden. Mit gutem Recht kann man deshalb davon ausgehen, dass die stadträtlichen Anträge mit der Unterbreitung der Kantonslösung legitimiert sind. Von der bisherigen Handhabung, dass die Stadt in guten und auch in schlechten Zeiten den kantonalen Regelungen in Personalangelegenheiten folgen wird, sollte man nun im vorliegenden Fall ebenfalls nicht abweichen. Auch sollte man die jährlichen Kosteneinsparungen bei einer Gutheissung der FIKO-Anträge von rund TCHF 150 bis TCHF 200 in den Kontext zum Total-Personalaufwand von rund TCH 20'000 stellen. Er bittet den Rat, den stadträtlichen Anträgen zu folgen und nicht mit der Gutheissung von Gegenanträgen bei den Mitarbeitenden der Stadt für eine maximale Unzufriedenheit zu sorgen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, er verstehe die Betroffenheit und trotzdem habe der Rat die Verantwortung, die Gesamtsicht zu wahren und die unterschiedlichen Interessen abzuwägen. Auch von den Mitarbeitenden sollte das Gesamtinteresse der Stadt gewahrt werden, denn sonst kommt diese auch nicht auf einen grünen Zweig. Die Bandbreite für die Entscheidungsfindung bewegt sich von der vorgeschriebenen Regelung von mindestens 40 % bis hin zur vorgeschlagenen BLPK-Lösung von 60 % und die Rechnung haben schlussendlich die Steuerzahler zu berappen. Zu beachten ist, dass viele nicht einmal von der Minimallösung bzw. der 40%-Variante profitieren können. Betreffend dem Besitzstand kann man doch von einer sehr guten luxuriösen Regelung für die älteren Mitarbeitenden sprechen, welche weit über dem Durchschnitt liegt und von der FIKO auch nicht in Frage gestellt wird. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung müsste man grundsätzlich sowieso in Frage stellen, ob es überhaupt Sinn macht, monatlich solch hohe PK-Beiträge zu bezahlen. Natürlich gibt es Lehrkräfte, die von der Stadt angestellt werden, doch faktisch sind auch diese bezüglich der Anstellung dem Kanton unterstellt und somit auch nicht Gemeindeangestellte im ursprünglichen Sinn. Auch Abweichungen von der Kantonsregelung sind nicht schlimm, denn auch die Stadt hat ein eigenes Vorsorgewerk mit eigenen Buchhaltung und so wäre auch die Führung eines Liestal-eigenen Kässelis für die BLPK überhaupt kein Problem. Auch in Liestal gibt es einige Organisationen wie die Spitex, KESB usw., die sich für die 50%-Regelung entschieden haben. Die Grünen machen sich für die Nachhaltigkeit von Ressourcen stark und so kann er nicht begreifen, wieso diese die Ressource Geld grosszügig ausgeben und die Schulden den nächsten Generationen überwälzen wollen. Und die Ratsmitglieder der SP-Fraktion möchte er darauf hinweisen, dass die Ausgaben von 4 Mio. für die Pensionskasse bei einer nächsten Rezession fehlen werden und diese wird todsicher kommen. Es ist auch aus liberaler Sicht wichtig, dass man ein soziales Netzwerk hat, das auch finanzierbar ist. Die heutigen Ratsentscheide haben nichts mit der Wertschätzung der Mitarbeitenden zu tun, denn auch eine 50%-Regelung ist verträglich und vernünftig. Auch die 50%-Regelung liegt weit über dem Durchschnitt und trägt dazu bei, die Finanzen von Liestal in Ordnung zu behalten. Ihn persönlich macht es traurig, wenn eine gewisse Selbstbediener-Mentalität herrscht, indem sich eine Mehrheit einfach aus dem Topf bedienen möchte, welcher von den Steuerzahlern gefüllt wird. Er wünscht sich ein etwas anderes Demokratie-Verständnis.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) bittet die kommenden Rednerinnen und Redner darum, ihre Voten etwas zu straffen, da die Rednerliste doch noch recht lang ist.

Marianne Quensel (SP) meint, Sparen auf dem Buckel des Personals in dieser Form müsse abgelehnt werden. Ist man sich möglichen Konsequenzen bei Kündigungen wie Wissens- und Erfahrungsverlust bewusst? Gemäss 50/50-Vorschlag der FIKO würde eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Stadt mit einem unteren Einkommen später monatlich rund 300 Franken weniger Rente im Alter bekommen, was für Betroffene in dieser Gehaltsklasse doch ein recht hoher Betrag ist. Dienstleistungen haben ihren Preis und so sollten bei hohen Erwartungen die Mitarbeitenden auch entsprechend gewürdigt und richtig bezahlt werden. Die SP-Fraktion lehnt die Anträge der FIKO ab und folgt den stadträtlichen Anträgen.

Roman Schmied (GL) meint, dass eine Rentenkürzung von 60 auf 50 Prozent bei einem jährlichen Einkommen von rund TCHF 100 eine um rund 800 Franken tiefere Rente pro Monat mit sich bringen würde. Und von der Sparaktion wären nur gerade die Mitarbeitenden der Stadt Liestal betroffen, da ja die übrigen Gemeinden ebenfalls der Kantonslösung folgen. Diese Ungleichheit führt nebst den finanziellen Konsequenzen logischerweise auch zu Unzufriedenheit usw. bei den Direktbetroffenen. Die Kosteneinsparung von rund TCHF 213 entspricht etwa 2 % der gesamten Lohnkosten und dies ist weniger als die jährliche Fluktuation. Die möglichen Folgen von unmotiviertem und unqualifiziertem Personal sind dem Rat im Zusammenhang mit den nicht-fakturierten Wasserrechnungen sowie dem schlecht nachgeführten Liegenschaftskataster auch bekannt geworden. Das Sparpotenzial wird in den ersten zwei Jahren mit der Besitzstandregelung sowieso aufgefressen. Zudem möchte er daran erinnern, dass man 15 Mio. Franken einsparen konnte, weil der Stadtrat den Kanton davon überzeugen konnte, die Deckungslücke bei den Lehrkräften zu übernehmen. Auch die Grüne Fraktion unterstützt die stadträtlichen Anträge und dies erhofft er sich insbesondere auch von denjenigen Ratsmitgliedern, die von der Kantonslösung ebenfalls profitieren können.

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, von der SVP-Fraktion werde keine einstimmige Meinung in dieser Frage vertreten und eine Mehrheit lehnt die FIKO-Anträge ebenfalls ab. Grundsätzlich ist man sich einig, dass beim vorliegenden Geschäft ein grosses Sparpotenzial vorhanden wäre, und dies ist auch der Hauptgrund dafür, weshalb einige seiner Fraktionsmitglieder den FIKO-Antrag unterstützen werden. Ein Grossteil der Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass man sich künftig keine weiteren solchen Luxuslösungen mehr leisten kann. Eine Fraktionsmehrheit möchte keine Zweiklassengesellschaft in Liestal schaffen, indem die Angestellten der Stadt hinsichtlich ihrer Anstellung und Pension gegenüber den Lehrkräften, den Mitarbeitenden der übrigen Gemeinden und des Kantons benachteiligt werden. Auch die Bürgergemeinde Liestal hat sich bereits für die Kantonslösung entschieden. Auf die verschiedenen Argumente bzw. Dafür und Dagegen möchte er an dieser Stelle nicht näher eingehen. Und sollten die FIKO-Anträge keine Zustimmung im Rat finden, so würde seine Fraktion bei der bevorstehenden Budget-Debatte auf die Ausgaben-Bremse stehen, denn in verschiedenen Bereichen gibt es halt immer noch Luxuslösungen.

Max Schäublin (FDP) legt dar, dass seine Fraktion den Mehrheitsantrag der FIKO ebenfalls unterstützen wird und dies hat überhaupt nichts mit einer fehlenden Wertschätzung des Personals zu tun. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Pensionskassen-Sanierung noch nicht am Ende der Fahnenstange angekommen ist und weitere Sanierungsmassnahmen wie in anderen Kantonen nötig sein werden. Und bei der 50/50-Variante dürften die Kostenfolgen auch bei weiteren Sanierungen für die Arbeitgeber und auch Arbeitnehmer geringer sein als bei der Kantonslösung. Und bezüglich der Konkurrenzfähigkeit ist es wohl so, dass sich ein 30-Jähriger wohl weniger mit seiner Rente in 35 Jahren als mit verschiedenen anderen Anstellungsbedingungen bei seinem aktuellen oder neuen Job befassen wird. Die Stadt Liestal dürfte auch bei schlechteren Rentenbedingungen immer noch neue Angestellte vom Kanton oder anderen Gemeinden requirieren können, da die Stadt doch immer noch bessere Lohnbedingungen anbieten kann. Die Gehaltsunterschiede sind zwischen den Kantonen und

auch unter den Gemeinden doch teilweise recht gross und so sollte man vielleicht einmal die Anstellungsbedingungen einmal ganz generell überdenken.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint stellvertretend für die Minderheit der Mittefraktion, dass viele Mitarbeiter auf der Stadt schon während mehreren Jahren gute Arbeit leisten und grosses Engagement beweisen. Und so sollen diese Mitarbeitenden die Wertschätzung erhalten, indem Sie mit den Kantons- und übrigen Gemeindeangestellten hinsichtlich ihrer Pension gleichgestellt werden. Sie wird den Stadtratsanträgen zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage in den Raum, ob es denn fair ist, wenn man den Arbeitnehmern nebst dem minderen Lohn auch noch die Renten kürzen möchte oder ob es denn fairer sei, wenn die Steuerzahler wegen der PK-Ausfinanzierung noch einmal zusätzlich zur Kasse gebeten werden? Diese Frage ist für einige hier im Saal ein Dilemma. Ob man nun der PK-Lösung 50/50 oder der Variante 60/60 zustimmen wird, ist es doch so, dass die Ausfinanzierung der jahrelang miserabel geführten BLPK vor allem mit Steuergeldern des ganzen Kantons berappt werden muss. In der Privatwirtschaft können die Pensionskassen nicht mit Steuergeldern rechnen. Bei der 50/50-Variante nimmt man den Arbeitnehmern nicht etwas weg, sondern man gibt ihnen im Zusammenhang mit der Rente einfach etwas weniger, wobei diese immer noch besser ist als in der Privatwirtschaft fahren. Betreffend der immer wieder erwähnten Wettbewerbsfähigkeit möchte er festhalten, dass auch die Kantonsangestellten schlechtere Rentenbedingungen haben werden, doch sind die Büros beim Kanton immer noch personell besetzt. Die Wichtigkeit der Pensionskasse dürfte wohl nicht so gross sein, wie dies immer wieder gesagt wird. Mit individuellen Lohnerhöhungen könnten besonders gute Arbeitsleistungen nach wie vor immer noch honoriert werden. Auf jeden Fall wird es so sein, dass auch der Stadt Liestal die Mehrausgaben für die Pensionskassen-Ausfinanzierung schlussendlich in der Kasse fehlen werden und andere Einsparungen wieder thematisiert werden müssen.

Beat Gränicher (SVP) sagt, ihm sei immer wieder gesagt worden, dass das wichtigste Gut seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Und so kann es nicht sein, dass der Rat heute wegen einer Sparmassnahme einer Minderheit seiner Mitarbeitenden ungleich bzw. schlechter als die Lehrkräfte und übrigen Gemeindeangestellten des Kantons behandelt. Unmotivierete Mitarbeiter, die innerlich bereits gekündigt haben, kosten beispielsweise die Stadt schlussendlich als Arbeitgeberin mehr als die höheren Arbeitgeberbeiträge für die PK-Ausfinanzierung. Er selbst wird deshalb auch den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) führt aus, dass die bevorstehende Abstimmung doch von grösserer Bedeutung sein wird und deshalb verlangt die SP-Fraktion die namentliche Abstimmung gemäss § 82 des einwohnerrätlichen Geschäftsreglementes.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass das Altersvorsorgewerk auf drei Säulen passe und man heute von einem doch sehr hohen Rentenniveau von 60 % des aufgearbeiteten Vermögens diskutiere. Gegen den Willen des Stadtrates ist am 18.12.2013 hier im Saal knapp die Steuersenkung beschlossen worden. Wenn man Steuersenkungen und dann auch noch Maximallösungen betreffend der Pensionskassenbeiträge befürwortet, so findet er dies doch etwas populistisch, wenn man sich dabei nicht um die betreffende Kasse kümmert, welche von den Mindereinnahmen bzw. den Mehrausgaben tangiert wird.

Peter Küng (SP) bemerkt, dass mit der Vorlage die leidige und unrühmliche Vergangenheit der BLPK abgehakt wird. Schade wäre es, wenn man versuchen möchte, im Zuge der Negativspirale heute ein Exempel statuieren zu wollen, welche die Zukunft betreffen und auch klar voneinander getrennt werden sollten. Auch möchte seine Fraktion den Stadtrat darin unterstützen, indem sich die Stadt jeweils an die Kantonsregelungen betreffend personalrelevanten Dingen anlehnt. Zu beachten ist ebenfalls, dass gut motiviertes Personal qualifizierte Arbeiten erbringt und den Arbeitgebern unter anderem unter dem Strich Mehrkosten erspart.

Thomas Eugster (FDP) sagt, die 50/50-Lösung scheint vordergründig keine gute Lösung für die Angestellten zu sein, doch ist diese nachhaltig. Mit dem bestehenden 60/60-Modell ist die nächste PK-Sanierung in einigen Jahren absehbar. Mit der von der FIKO vorgeschlagenen 50/50-Variante ist die Chance gross, dass weitere Sanierungsmassnahmen nicht mehr notwendig sind. Und im Vergleich mit den anderen Anstellungsbedingungen auf dem Markt ist auch der FIKO-Vorschlag für die Mitarbeitenden eine gute Lösung.

Anna Ott (GL) nimmt Bezug auf das Votum von Gerhard Schafroth und stimmt dessen Aussage zu, dass sich die Grünen für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen. Und dies ist auch der Grund dafür, weshalb sich ihre Fraktion gegen den FIKO-Antrag mit einer 50/50-Lösung ausspricht. Die Stadt Liestal würde nämlich damit an Attraktivität verlieren, was sich schlussendlich nicht bezahlt machen dürfte, wenn beispielsweise wegen unqualifiziertem Personal in einigen Bereichen wieder Nach- und Aufarbeitungsarbeiten verrichtet werden müssten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) kratzt einfach die Ungleichheit, wenn die Lehrkräfte im oberen Lohnklassensegment nun auch noch bezüglich der Pension gegenüber den Mitarbeitenden der Stadt bevorteilt würden.

Markus Meyer (SVP) bemerkt, auch er darf als Mitarbeiter einer finanzschwachen Gemeinde auf die Regelung gemäss Kantonslösung zählen. Die Pro- und Contra-Diskussionen sind ja toll, doch habe er für gewisse Meinungen und Aussagen wenig Verständnis. Auch die Gegenüberstellungen von Staat und Privatwirtschaft hinken, denn ja nach Wirtschaftslage werden die Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltungen belächelt oder dann aber als Schmarotzer hingestellt. Es mag teilweise stimmen, dass die BLPK schlecht gearbeitet hatte, doch muss man beachten, dass vor Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes niemand eine 100%-Ausfinanzierung bei öffentlichen Pensionskassen thematisiert oder gar verlangt hatte. Und so kommen auch die Steuerzahler nicht darum, die Folgen dieser Gesetzesanpassung mitzufinanzieren. Weitere spätere Ausfinanzierungen sind möglich, doch unabhängig der aktuell zu fällenden Entscheide, dürften sich die späteren Kostenfolgen nicht mehr im gleichen Ausmass wie heute bewegen. Die Personalkosten könnten aber vielleicht eher mit flacheren Hierarchien und weniger Chefbeamten reduziert werden. Wenn die Stadt Liestal weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin bleiben will, müsste der Rat heute den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Diego Stoll (SP) findet, dass Ratskollege Gerhard Schafroth in seinem Votum mit doch recht starkem Geschütz gegen einige Parteien aufgefahren ist. Auch die Kantonslösung ist keine Maximal-, sondern eine Kompromisslösung und nun möchten einige Ratsmitglieder hier im Saal auch noch diese Limite unterschreiten bzw. ausscheren. Auch stehen die Argumente betreffend Nachhaltigkeit und Schuldenwirtschaft im Zusammenhang mit der im letzten Jahr beschlossenen Steuerreduktion sowie heute thematisierten Sparbemühungen zu Lasten den Mitarbeitenden in einem starken Widerspruch. Auch lasse er den Vorwurf des Selbstbedienungsladens im Einwohnerrat nicht gelten, zumal sich der Votant im gleichen Atemzug mit Partikularinteressen für die KMU's stark macht. Liestal soll dynamisch bleiben und dafür braucht es gute und motivierte Angestellte der Stadt, welche es auch verdienen, angemessen entlohnt zu werden. Diese sollen keine Luxuslösung haben, aber dennoch eine faire Lösung im Zusammenhang mit ihrer Anstellung und Pension erhalten. Sollen denn nun tatsächlich hier im Saal die Probleme von Liestal auf dem Buckel von Wenigen gelöst werden, welche sich in dieser Runde gar nicht wehren dürfen bzw. können? Er bittet die Anwesenden, sich bei der anschliessenden Abstimmung auch klar mit einem Ja oder Nein zu positionieren.

Werner Fischer (FDP) meint, man kann heute die 60/60-Variante beschliessen und doch weiss man insgeheim heute schon, dass sich dies in den meisten Fällen nicht erfüllen wird, weil man beispielsweise jahrelang mit zu hohen Kapitalzinssätzen gerechnet hatte usw. Die Jungen werden wohl kaum je die Rente erhalten, wie sie ihnen heute in Aussicht gestellt wird und ebenfalls noch weitere PK-Ausfinanzierungen als Zeche bezahlen müssen. Es wird sich bewahrheiten, dass auch die Kantonslösung nicht nachhaltig sein wird.

Heinz Lerf (FDP) erklärt, dass er das Geschäft zur Abstimmung bringen möchte. Gemäss projizierten Aufstellung schlägt er dem Rat ein pragmatisches Vorgehen vor, indem bei der namentlichen Abstimmung die Anträge des Stadtrates und der FIKO einander gegenüber gestellt werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, man habe im Rat bis jetzt nur über die 50/50- und 60/60-Variante geredet, doch eine weitere Differenz liegt darin, ob die beiden Varianten mit oder ohne Teuerungsfonds gelten sollen. Er stellt deshalb den Ordnungsantrag, dass man über diese beiden Punkte getrennt abstimmt, ansonsten würde man die Einheit der Materie verletzen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann diesen Ordnungsantrag nicht unterstützen, denn der Teuerungsfonds hatte überhaupt nicht zur Diskussion gestanden. Er schlägt vor, dass man mit Stimmzetteln über den Vorgehensvorschlag des Präsidenten abstimmt.

Walter Leimgruber (SP) unterstützt den Vorschlag seines Vorredners und meint, es brauche nun wirklich nicht zwei namentliche Abstimmungen zum gleichen Geschäft.

Daniel Spinnler (FDP) meint, dass man im FIKO-Antrag wohl den Teuerungsfonds thematisiert habe, doch wird das Resultat schlussendlich dasselbe sein.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich der Rat einstimmig damit einverstanden erklären kann, dass bei der namentlichen Abstimmung die beiden Anträge des Stadtrates und der FIKO betreffend dem Vorsorgeplan gegenübergestellt werden.

Namentliche Abstimmung betreffend den Anträgen des Stadtrates (SR) sowie der Finanzkommission (FIKO) bezüglich dem Vorsorgeplan:

	<i>Antrag FIKO</i>	<i>Antrag Stadtrat</i>	<i>Enthaltung</i>
Ambühl Georg			X
Augstburger Elisabeth		X	
Baumgartner Verena		X	
Eisenring Fabian		X	
Eugster Thomas	X		
Fischer Werner	X		
Fraefel Stefan			X
Franke Meret		X	
Gränicher Beat		X	
Gutzwiller Rolf	X		
Hügli Corinne			<i>(entschuldigt)</i>
Imsand Bruno			<i>(entschuldigt)</i>
Jeitziner Karin	X		
Kaufmann Lisette		X	

	<i>Antrag FIKO</i>	<i>Antrag Stadtrat</i>	<i>Enthaltung</i>
Küng Peter		X	
Leimgruber Walter		X	
Lerf Heinz	X		
Mägli Patrick			X
Meschberger Dominique		X	
Meyer Denise	X		
Meyer Hanspeter	X		
Meyer Markus		X	
Ott Anna		X	
Porchet Pascal	X		
Quensel Marianne		X	
Rudin Markus		X	
Ruesch Corinne		X	
Schafroth Gerhard	X		
Schafroth Hans-Rudolf		X	
Schäublin Max	X		
Schmied Roman		X	
Spinnler Daniel	X		
Steinger Pia		X	
Stoll Diego		X	
Stoll Hanspeter		X	
Sutter Sabine	X		
Wunderlin Vreni		X	
Wyss Claudio	X		
Zimmermann Matthias		X	
Zumsteg Hanspeter		X	
<i>Beschluss (://:)</i>	<i>13</i>	<i>22</i>	<i>3</i>

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) informiert darüber, dass in der namentlichen Abstimmung betreffend der Vorsorgeplan-Finanzierung dem stadträtlichen Antrag bzw. der Kantonslösung mit 22 Stimmen zugestimmt und der Gegenantrag der FIKO (50/50 ohne Teuerungsfonds) mit 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt wurde.

://: Einstimmig wird der stadträtliche Antrag für eine Finanzierung des Besitzstands analog der Kantonslösung und den kommunalen Lehrpersonen in der Höhe von brutto CHF 881'358.-- per 1. Januar 2015 zugestimmt.

225 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Verkehrssicherheit - Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Verkehrssicherheit (Nr. 2014/136)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion
Einwohnerrat Liestal

23. Juni 2014

Interpellation
betreffend Verkehrssicherheit

In unserem Stadtgebiet sind einige kritische Stellen, wo die Verkehrssicherheit – vor allem für die Fussgänger – sehr eingeschränkt ist.

Einige Beispiele:

- *Fussgängerstreifen bei der kath. Kirche*
- *Fussgängerstreifen bei der KB-Kreuzung*
- *Fussgängerstreifen beim UNO-Gebäude*
- *Strasseneinmündung Spitalstrasse in die Rheinstrasse*
- *Pflanzenkübel beim Törlplatz*
- *Usw.*

Diese Beeinträchtigungen sind meist „hausgemacht“, sind doch Büsche und Bäume der Grund dafür. Obwohl wir seit Jahren bei der Stadt und der Verkehrsabteilung auf diese Missstände hinweisen, ist nichts geschehen. Muss zuerst ein schwerer Unfall passieren, bis sich diesbezüglich endlich etwas bewegt?

Fragen:

1. *Warum werden diese Hinweise nicht ernst genommen?*
2. *Ist der Stadtrat bereit, mit der Verkehrsabteilung des Kantons die diversen problematischen Stellen zu überprüfen und wo nötig Abhilfe zu schaffen?*

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Frage 1: Die Tonlage überrascht ihn doch etwas, denn er nehme in Anspruch, dass er alle Hinweise ernst nehme und mit den zuständigen Stellen abkläre.

Frage 2: Die Stadt hat regelmässig Kontakt mit der Verkehrsabteilung des Kantons. Das Problem ist natürlich, dass die Meinungen betreffend den Lösungsansätzen auseinandergehen. Alles was sich rund um die Rheinstrasse handelt, wird mit dem Kanton besprochen und so ist unter anderem auch die Liste des Interpellanten zusammen mit dem Kanton thematisiert worden. Der Fussgängerstreifen beim Spital wird gemacht und es soll auch eine behindertengerechte Bushaltestellen geben. Dank Hinweisen aus der Bevölkerung werden auch bei der Mühlemattstrasse Massnahmen analog dem Spital mit der Montage von Geländern usw. getroffen. Die Pflanzenkübel beim Törlplatz sind ganz bewusst als Verkehrsberuhi-

gungsmassnahme beim Eingang in die Büchelstrasse bzw. in der Tempo 20-Zone so platziert worden. Betreffend der Frage bezüglich dem Fussgängerstreifen beim UNO-Gebäude kann er heute noch keine Antwort geben. Die Stadt ist bezüglich möglicher Verbesserungsmassnahmen auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. So werden auch einzelne Massnahmen beim Schulweg Ahornstrasse, beim Übergang Kantinenweg/Nonnenbodenweg geprüft.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Stellungnahme, ist nur teilweise mit den Antworten zufrieden und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, er habe schon mehrmals auf verschiedene Problemstellen hingewiesen, ist bei der Stadt und beim Kanton vorstellig geworden, doch ist nichts unternommen worden. So wurden bei der Kantonalbank-Kreuzung künstliche Hindernisse in Form von Pflanzkübeln aufgestellt, die den Automobilisten die Sicht auf die Fussgänger beim Fussgängerstreifen erschweren. Das gleiche gilt beim Fussgängerstreifen bei der katholischen Kirche. Die Ausfahrt Spitalstrasse ist ebenfalls ein Kapitel für sich, wo trotz Augenscheinnahmen mit dem Kanton noch immer nichts unternommen wurde. Die Bevölkerung wird betreffend dem Zurückschneiden von Sträuchern und Hecken sensibilisiert, wobei Stadt und Kanton mit künstlichen Verkehrshindernissen wieder Probleme schaffen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, dass die diversen gefährlichen Stellen allgemein bekannt sind deshalb wird auch der Kanton Hand bieten.

Ratspräsident Heinz Lerf (FDP) kann feststellen, dass zum Geschäft bzw. der Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2014/136.

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) stellt fest, dass Hanspeter Meyer die Ratssitzung nun bald verlassen. Da dieser Verfasser weiterer Vorstösse ist, macht er dem Rat beliebt, dass das Postulat „Banntag“ (Nr. 2014/137) von Hanspeter Meyer nochmals vertagt wird und nun das Postulat Veloverbindung Schwieriweg-Oristalstrasse“ (Nr. 2014/138) noch behandelt wird.

Daniel Spinnler (FDP) kann sich mit dem Vorgehen des Ratspräsidenten nicht einverstanden erklären, dass das einte Postulat dem anderen Postulat vorgezogen wird. Er stellt den Ordnungsantrag, dass beide Postulate auf die nächste Sitzung vertagt werden, damit diese gewürdigt ohne Zeitdruck diskutiert werden können. Gegebenenfalls könnten noch die traktantierten Interpellationen an der heutigen Sitzung behandelt werden.

Beat Gränicher (SVP) stellt den Ordnungsantrag, dass die Ratssitzung abgebrochen und geschlossen wird, womit alle neuen Vorstösse auf die nächste Ratssitzung vertagt würden.

Ratspräsident Lurf Heinz (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass die heutige Sitzung geschlossen wird.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Heinz Lurf (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Heinz Lurf

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann